

Berlin wird glimpflich davon kommen

Seit Mitte 2008 steckt Deutschland in einer wirtschaftlichen Rezession. Konkrete Auswirkungen der Krise, die in der Finanzwirtschaft begann und kräftig zur Abkühlung der Konjunktur beitrug, werden mittlerweile immer deutlicher spürbar. Betroffen sei vor allem der exportorientierte industrielle Sektor, sagt Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, dessen Krisenszenario auf Selbstheilungskräfte der Wirtschaft setzt.



Prof. Klaus F. Zimmermann: "Es gilt in erster Linie die automatischen Stabilisatoren des Wirtschaftsgefüges zu stärken." | Foto: Kielmann

Berliner Wirtschaft: Herr Professor Zimmermann, wie weit lässt sich die Finanzkrise in ihren Dimensionen inzwischen überschauen?

Prof Dr. Klaus F. Zimmermann: Ausgehend von den USA hat die Krise inzwischen den Bankensektor praktisch in der gesamten Welt erreicht. Hierzulande waren es zunächst in erster Linie Landesbanken, die in Schwierigkeiten geraten sind; inzwischen hat die Krise auch Commerzbank und Deutsche Bank erreicht, die ohne direkte oder indirekte Staatshilfen ihre Fusionspläne mit der Dresdner Bank und der Postbank nicht durchführen könnten. Die Krise auf den Finanzmärkten hat auch die weltweite Abkühlung der Konjunktur erheblich verstärkt. Aber zumindest in Deutschland ist es erst einmal gelungen, die Situation im Bankensektor insoweit zu stabilisieren, dass wir heute von einer Krise der gesamten deutschen Wirtschaft noch nicht sprechen können. Es gibt Diskussionen über eine Kreditklemme, es wird auch ein deutlicher Abschwung kommen.

Und zwar genau von dort her, wo auch der Aufschwung herkam, aus dem Bereich der exportorientierten Wirtschaft. Rein technisch betrachtet befinden wir uns schon seit dem zweiten Quartal des letzten Jahres in einer Rezession.

Heißt das im Umkehrschluss für das industriearme Berlin, wir kommen glimpflich davon?

Grundsätzlich gilt: Bei der weltweiten, innigen Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen und -kreisläufe gibt es keine Insel der Seligen, auf der sich ein Krisensturm einfach aussitzen ließe. Aber es ist schon richtig: In Berlin setzt man auf Branchen wie Gesundheit, öffentliche Wirtschaft, Bildung oder Forschung, die weniger krisenanfällig sind als etwa Auto- oder Chemiekonzerne. In den Bereichen Gesundheit und Bildung erwarten wir für 2009 und 2010 die höchsten Wachstumsbeiträge. Ein Schrumpfen des Bruttosozialprodukts wird das aber auch in Berlin nicht grundsätzlich verhindern können. Die Region wird aber vergleichsweise weniger schlecht abschließen als Deutschland im Ganzen.

Wie schlimm wird der Einbruch werden?

Die Schätzungen bewegen sich zwischen einem Minus von einem und drei Prozent. Doch wie gesagt: Der Schwerpunkt wird dabei im industriellen Bereich liegen. Das ist aber gerade der Sektor, der in den letzten Jahren in Berlin bereits stark geschrumpft ist. Berlin muss einen Einbruch also weniger fürchten. Ohne Schrammen wird es aber auch hier nicht abgehen. Zu erwartende Arbeitsplatzverluste dürften in erster Linie Unternehmensdienstleister treffen. 2010 wird sich der Abwärtstrend dann wieder umkehren. Die Erholung wird aber ein langsamer Prozess.

Bislang hat sich vor allem der Arbeitsmarkt überraschend resistent gegen Kriseneinwirkungen gezeigt.

Die Beschäftigung ist nicht gleich zu Anfang mit eingebrochen, wie wir das von früheren Rezessionen kennen. Der Arbeitsmarkt ist erst seit Dezember spürbar von der Krise betroffen. Auch hier hat Berlin derzeit Vorteile: Der Arbeitsmarkttrend der Stadt weicht vom Bundestrend positiv ab. Trotz des deutlichen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wird die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr aber nur moderat zunehmen.

Woran liegt das?

Die Unternehmen haben sich zunächst frühzeitig von unproduktiven Bereichen getrennt. In der Aufschwungphase der letzten Jahre haben sie dann festgestellt, wie schwer es war, qualifiziertes Personal zu bekommen. Jetzt will man diese Fachkräfte möglichst lange halten, schließlich ist auch eine Rezession kein Dauerzustand.

Was dürfen wir von staatlichen Konjunkturprogrammen erwarten?

Wir sollten uns vor zu großen Erwartungen an die Politik hüten. Der Staat kann nicht der Retter aus allen wirtschaftlichen Nöten sein. Das erste Konjunkturprogramm ist ein

Konglomerat von Maßnahmen, die zwar gut gemeint sind, aber wahrscheinlich keine Wirkung haben. Rein rechnerisch kann das neue 50-Milliarden-Paket ein Wachstums-Minus von einem Prozent zwar ausgleichen. Ob solch eine Summe aber kurzfristig zur Wirksamkeit gebracht werden kann, ist höchst zweifelhaft. Es kommt auch nicht unbedingt darauf an, die Kaufkraft der privaten Haushalte nochmals zu steigern. Mit kurzatmigem Aktionismus laufen wir Gefahr, Milliarden zu verbrennen, die uns für dauerhafte Investitionen in Bildung, Forschung und ökologische Infrastruktur fehlen. Mit dem derzeitigen Konjunkturrettungswettbewerb droht der teuerste Bundestagswahlkampf aller Zeiten.

Wie müssen wirksame Maßnahmen denn nach Ihren Vorstellungen aussehen?

Es gilt in erster Linie auf die automatischen Stabilisatoren des Wirtschaftsgefüges zu setzen und diese zu stärken. Darüber hinaus ist ein mehrjährig angelegter Investitionsplan der öffentlichen Hand erforderlich, der den Unternehmen die Möglichkeit gibt, auf der Grundlage einer vorhersehbaren Auftragslage Kapazitäten aufzubauen.

Wo sehen Sie Ansätze für ein Aktivieren dieser automatischen Stabilisatoren?

Automatische Stabilisatoren setzen neben den Steuereinnahmen vor allem beim Arbeitsmarkt an. Verlieren Arbeitnehmer krisenbedingt ihren Job, erhalten sie Arbeitslosengeld – dieses Geld fließt also wieder in den Konsum und stützt die Nachfrage. Dieser Effekt lässt sich ausbauen. Einmal dadurch, dass es für Unternehmen attraktiver gemacht wird, Beschäftigte in Kurzarbeit zu schicken statt sie zu entlassen. Dazu soll der Bund die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber zum Kurzarbeitsgeld übernehmen, befristet für ein Jahr. Die Arbeitskosten für Kurzarbeiter würden in diesem Fall gesenkt, so dass Arbeitgeber größere Anreize hätten, mindestens ihre Kernbelegschaft bis zur Erstarkung der Konjunktur zu halten.

In Berlin gibt es Forderungen der IHK nach einer flächendeckenden Bildungs- und Qualifizierungsinitiative. Geht das in die gleiche Richtung?

Das ist der zweite Anreiz: Die Rezession könnte genutzt werden, den Kurs einer nachhaltig aktiven Arbeitsmarktpolitik einzuschlagen. Dabei gilt es, die Qualifikation des Erwerbsspersonspotenzials besser an die künftigen beruflichen Anforderungen anzupassen. Die größten Arbeitsmarktrisiken tragen hierzulande gering Qualifizierte. Durch Schulungen könnten deren berufliche Kenntnisse stärker an die Markterfordernisse angepasst werden. Vor allem aber sollte Kurzarbeitern ein entsprechendes Angebot gemacht werden, sodass sie die Zeit von Arbeitsausfällen zur Qualifizierung nutzen können. Bildlich gesprochen: Wenn es im Winter auf dem Acker nichts zu tun gibt, schärfen die Bauern ihre Sensen. Das kann allerdings nur der Einstieg in eine breit angelegte Weiterbildungsinitiative sein. Angesichts der demografischen Entwicklung und zunehmend alternder Belegschaften muss die Politik vermehrte Anstöße zur Qualifizierung geben. Eine Möglichkeit wäre die Ausgabe von Bildungsgutscheinen an alle Arbeitnehmer ab 45 Jahren. Das zentrale Ziel muss also sein, Entlassungen zu verhindern und 2009 mit einem möglichst geringen Abbau an Beschäftigung zu überstehen. Qualifizierte Fachkräfte sind alles andere als reichlich vorhanden. Die Krise ist der richtige Zeitpunkt hier zu

handeln.

Gerade in Berlin klagen Unternehmer über hohe Steuerbelastungen, etwa aus der Gewerbesteuer. Was können Steuer- und Abgabensenkungen in der Krise bewirken?

Ein struktureller Umbau des Steuersystems kann sinnvoll sein. Das ist aber nicht automatisch eine wirkungsvolle Konjunkturpolitik. Wer jetzt die Steuern dauerhaft senken will, muss auch sagen, wie er dies dauerhaft finanzieren will. Sicherlich ist es richtig, wenn der Staat in der Krise Haushalts-Defizite hinnimmt. Die sollten aber überschaubar bleiben.

Forderungen nach öffentlichen Investitionen stehen ebenfalls hoch im Kurs, auch bei den Kammern. Ist das ein richtiger Weg?

Eine Ausweitung staatlicher Infrastrukturinvestitionen bietet sich als konjunkturpolitisches Instrument zwar an, es sollte aber mit Bedacht eingesetzt werden. Darüber hinaus ist ein mehrjährig angelegter, verlässlicher Investitionsplan der öffentlichen Hand erforderlich, der den Unternehmen die Möglichkeit gibt, auf der Grundlage einer vorhersehbaren Auftragslage Kapazitäten aufzubauen. Zudem muss sichergestellt sein, dass vom Bund bereitgestellte Mittel von den anderen Gebietskörperschaften auch in vollem Umfang für zusätzliche Investitionen verwendet werden – und dabei ausschließlich für solche, die mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationskraft und die Schonung natürlicher Ressourcen nachhaltig sind. Das wäre dann nicht gewährleistet, wenn es allein im Belieben von Gemeinden und Ländern läge, wie sie die zusätzlichen Mittel einsetzen. Wenn sich öffentliche Investitionen auf Bauinvestitionen beschränken, befürchte ich große Probleme in ihrer Umsetzung: Es gibt nur wenige Projekte, die baureif in der Schublade liegen. Zudem sind Baukapazitäten noch vergleichsweise gut ausgelastet, die Bauwirtschaft ist also gar nicht in der Lage, kurzfristig größere Aufträge abzuarbeiten.

Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten haben die Krise verschärft. Entsprechend laut sind die Forderungen nach Regulierungen des Finanzsektors. Lässt der sich aber so einfach an die Kette legen?

Es ist sicher richtig, Marktsegmente zu reglementieren. Eine neue Finanzmarktarchitektur verlangt aber nach länderübergreifend bindenden Mindeststandards – und zwar, ohne dass gleich eine neue Monsterbehörde installiert wird. Nationale Regelungen sind auf den stark internationalisierten Finanzmärkten wenig effizient, weil leicht zu unterlaufen. Wichtige Elemente sind in jedem Fall eine strengere Kontrolle von Rating-Agenturen und an dauerhaften, langfristigen Zielen orientierte Anreiz- und Entlohnungssysteme für Finanzmanager. Wichtig ist ferner, die persönliche Haftung von Finanzmarktakteuren in höherem Maße zu gewährleisten als bisher. Dazu gehört auch, dass eine undurchsichtige Auslagerung von Risiken auf Zweckgesellschaften unterbunden wird. Investmentbanking, so wie wir es aus den USA kennen, hat sich bereits im Selbstlauf erledigt. Die deutschen Erfahrungen mit den Landesbanken lehren uns, dass eine direkte Beteiligung des Staates im Finanzsektor auch nicht gerade unproblematisch ist. Bei allem dürfen wir aber nicht so weit gehen, dass die Innovationsfähigkeit des Finanzsektors abgewürgt wird. Ist es aber nicht gerade dieser Erfindungsreichtum der Finanzjongleure, der uns Sorgen machen muss? Wir bewegen uns in einem marktwirtschaftlichen System. Und zu dem gehören

nun einmal auch Abschwünge und Krisen. So sicher wie wir aus dem derzeitigen Tief herauskommen, so wenig können wir künftige Risiken vollständig vermeiden.

Hat die derzeitige Krise auch gute Seiten?

Aber sicher. Ein Abschwung wirkt reinigend, Konjunkturkrisen gehören zu den Korrekturmechanismen einer Marktwirtschaft. Wir haben jetzt die große Chance, erkannte Schwächen abzubauen und so gestärkt aus der Krise herauszukommen. Wir müssen uns aber davor hüten, dem Ziel der Konjunkturstabilisierung alle übrigen wirtschaftspolitischen Ziele unterzuordnen.

Interview: Manfred Waldmann

Zur Person: Prof. Klaus F. Zimmermann, 56, ist Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit. Er ist außerdem Präsident des DIW Berlin, Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin, Honorarprofessor der renmin Universität Peking und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE).

[Leserbrief an die BERLINER WIRTSCHAFT versenden](#)

[Weitere Artikel der Februar-Ausgabe 2009](#)

[zum Archiv](#)

Dokument-Nummer: 55921



© 2001 IHK Berlin - Powered by IHK24

Industrie-und Handelskammer zu Berlin | Fasanenstraße 85 | 10623 Berlin

Tel. (030) 31 51 0-0 | Fax (030) 31 51 0-166 | E-Mail: service@berlin.ihk.de | Internet:

<http://www.berlin.ihk24.de>

Für die Richtigkeit der in dieser Website enthaltenen Angaben können wir trotz sorgfältiger Prüfung keine Gewähr übernehmen.